

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 32 (1933)

**Artikel:** Briefwechsel zwischen Georg v. Wyss und Andreas Heusler-Ryhiner : 1843-1867  
**Autor:** His, Eduard  
**Kapitel:** Briefe 21 - 30  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-114548>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.05.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

*in Basel. Die neuenburgischen Mitglieder der Gesellschaft reklamieren den III. Band des „Archiv“. Er läßt H. Mousson und Fr. v. Wyß grüßen.*

18. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 28. Juli 1845.

*Betrifft Geschäfte der Geschichtforschenden Gesellschaft.*

19. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 15. September 1845.

*Betrifft Geschäfte der Geschichtforschenden Gesellschaft.*

20. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 5. Oktober 1845.

*Betrifft Geschäfte der Geschichtforschenden Gesellschaft.*

21. *Heusler an Wyß.*

Basel, 9. Oktober 1845.

*Er gedenkt der schönen in Zürich verlebten Tage mit den „historischen“ Gästen von G. v. Wyß und des im Hause seines Bruders genossenen freundlichen Empfanges<sup>50)</sup>...*

Ich bin erfrischt und ermutigt von Zürich zurückgekommen und hoffe nun mein Tagewerk wieder mit neuer Kraft fortsetzen zu können. Ich bedurfte solcher geistiger Erfrischung; Sie waren selbst Zeuge meiner Stimmung am ersten Abend. — ...

<sup>49)</sup> Dr. jur. Emanuel Schneider, von Basel (1815—1859), 1841 Kanzlist der Basler Staatskanzlei, 1849 Ratsschreiber, seit 1840 verheiratet mit A. Sara Simmler von Zürich. G. v. Wyß war befreundet mit der Familie von Pfarrer Hans Kaspar Simmler (1780—1852) und dessen Sohn Vikar Hans Kaspar Simmler (1814—1883) in Trüllikon (Kt. Zürich).

<sup>50)</sup> Heusler eröffnete als Präsident am 24. September 1845 die Versammlung der Allgem. Geschichtforschenden Gesellschaft in Zürich mit einer Rede „Über das Studium der Geschichte im Verhältnis zur Gegenwart und ihren Erscheinungen“. Er wohnte über die Festtage bei Friedr. v. Wyß.

## 22. Heusler an Wyß.

Basel, 30. Dezember 1845.

*Er bespricht zuerst Geschäfte der Geschichtforschenden Gesellschaft.*

Die Einsendungen Ihres Ihnen bekannten Freundes über die letzten Großratsverhandlungen stimmten im ganzen mit meinen eigenen Bemerkungen in Nr. 300 der „Basler Zeitung“<sup>51)</sup> zusammen, welche letztere bei der in Zürich herrschenden Partei sehr mißbeliebig vermerkt worden zu sein scheinen; ich antworte heute auf einiges und weise namentlich die Absurdität zurück, als hätte ich mein Doppelkreuz<sup>52)</sup> einem Zürcher Korrespondenten umgehängt. — Was dann aber den von Herrn Furrer<sup>53)</sup> ausgesprochenen Grundsatz betrifft, so ließe er sich allenfalls noch hören, wenn unparteiische Würdigung von Tüchtigkeit damit verbunden wäre. Aber wo findet sich das? Sehen wir nicht, daß die Radikalen aus jedem Schreier, der zu ihnen steht, einen Helden machen, und bei nur etwelcher Tüchtigkeit oder vielmehr Brauchbarkeit für Parteizwecke einen weisen, edeln und edelsten Eidgenossen gefunden zu haben glauben. Es haben mir höchst unbefangene Sachkenner gesagt, Frey-Herosé sei mit Ziegler<sup>54)</sup> gar nicht zu vergleichen, aber der Parteigeist hat ja den Grundsatz, daß Ergebenheit für Parteizwecke jedes andere Verdienst ersetze. — Stimme ich nun in Beurteilung der radikalen Handlungsweise ganz mit jenem Freunde überein, so kommt es mir dagegen oft vor, es sei im Grunde unter gegebenen Verhältnissen diese Wendung der Dinge nicht groß zu be-

<sup>51)</sup> In Nr. 300 der „Basler Zeitung“ vom 19. Dezember 1845 behandelt Heusler die Präsidialrede von Dr. J. Bluntschli als Großratspräsident, in welcher dieser den andern Parteien den Fehdehandschuh hingeworfen habe. Dann spricht er über die Großratsverhandlungen, über das neue Wirtschaftsgesetz und über die Wahlen in den Kirchenrat und den Erziehungsrat, die ganz in radikalem Sinne ausgefallen seien.

<sup>52)</sup> Seit Sommer 1844 zeichnete Heusler seine Artikel in der „Basler Zeitung“ meist mit einem Doppelkreuz (zweisprossigen Andreaskreuz: †).

<sup>53)</sup> Dr. Jonas Furrer (1805—1861), von Winterthur, liberaler Bürgermeister von Zürich, 1845 Tagsatzungspräsident, 1848 Bundesrat und erster Bundespräsident.

<sup>54)</sup> Friedrich Frey-Herosé (1801—1873), Oberst, aarg. liberaler Politiker, 1848 Bundesrat; Eduard Ziegler (1800—1882), von Zürich, eidg. Oberst.

klagen. Ihre Bevölkerung oder der tonangebende Teil derselben ist nun einmal radikal, und die konfessionellen Stürmer haben der radikalen Richtung noch vollends auf die Beine geholfen. Ist es dann aber nicht fast erwünscht, daß die Krankheit recht ausbreche, oder sollen würdige und vaterlandsliebende Männer wie Ihr Herr Schwager<sup>55)</sup> sich abmühen, nur hie und da eine Kleinigkeit zu verhindern, während im großen der Strom mehr und mehr die Ufer überflutet? Ist es nicht viel richtiger, daß ein jeder auch die Verantwortung seiner Handlungsweise trage?

Das neue Jahr wird uns wohl Sorgen und Kämpfe anderer Art bringen. Ich denke, Luzern gehe nun für einmal einer ruhigeren Zeit entgegen, und das Gewitter ziehe sich mehr nach Westen. Welche Wendung die Dinge nun in Waadt und Bern<sup>56)</sup> nehmen werden, ist für die Schweiz äußerst wichtig; vielleicht kann dort eine Krisis erfolgen, die uns zur Genesung verhilft, vielleicht die Explosion, die uns vollends zugrunde richtet. Merkwürdigerweise hat nun Ihr Großer Rat auch ein Votum zu geben in den waadtländischen Dingen, und ich denke, Ihre Mehrheit werde sich im allgemeinen freuen, Herrn Bluntschli<sup>57)</sup> eins zu versetzen, und, unter uns gesagt, er scheint mir etwas zu ver-

<sup>55)</sup> Alt-Bürgermeister Heinrich Mousson-v. Wyß.

<sup>56)</sup> In den Kantonen Waadt und Bern war die radikale Bewegung gegenüber den herrschenden Liberalen besonders stark. Im Februar 1845 war in Lausanne der Staatsstreich erfolgt, der die Radikalen unter H. Druet zur Macht führte. 1846 folgte in Bern ebenfalls ein Umschwung, der die Radikalen U. Ochsenbein und J. Stämpfli an die Spitze brachte.

<sup>57)</sup> Dr. J. K. Bluntschli hatte in seiner obgenannten Eröffnungsrede als Präsident des Zürcher Großen Rates — allerdings ausdrücklich als seine individuelle Meinung — einen scharfen Tadel gegenüber der waadtländischen Regierung ausgesprochen, welche der reformierten Kirche die religiöse Freiheit tatsächlich versagt hatte (während der kirchlichen Kämpfe von 1845). Die Regierung von Waadt beschwerte sich über den „Discours Bluntschli“ bei der zürcherischen Regierung und verlangte Genugtuung. Das führte zu einer langen Diskussion im zürcherischen Großen Rate. Die Liberalen (Zehnder) befürworteten eine Entschuldigung bei Waadt, die Konservativen (v. Muralt) Ablehnung der Beschwerde. Der Große Rat beschloß Ablehnung der waadtländischen Beschwerde, da Redefreiheit gelte und Bluntschli bloß eine individuelle Meinung ausgedrückt habe. Ein konservativer Antrag, der Waadt noch kirchenpolitische Ratschläge zu erteilen, wurde dagegen abgelehnt (März 1846).

dienen, da seine Ausdrücke allerdings unpassend und unparlamentarisch waren; da jedoch die Sache kaum verhandelt werden kann, ohne in die Zustände des Kantons Waadt selbst einzutreten, da auch ein bloßes Ausweichen aus dem allerdings richtigen Grunde, daß man über waadtländische Zustände nicht zu richten habe, für Waadt auch kaum schmeichelhaft sein dürfte, so kommen Ihre Radikalen doch in die Verlegenheit, entweder alles das zu billigen, was sie doch im Grunde schwerlich billigen, oder ihre sehr empfindlichen Waadtländer Freunde mehr oder weniger zu desavouieren. So unbedeutend daher die Sache an sich selbst ist, so bietet sie doch allerlei delikate Seiten, welche in Ermangelung wichtigerer Dinge, an denen es jetzt gottlob fehlt, die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen werden.

*Wünsche zum Jahresschluß und Empfehlungen an H. Mousson, Fr. v. Wyß, Prof. Hottinger und Bluntschli.*

### 23. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 17. Januar 1846.

*G. v. Wyß macht vorerst einige Mitteilungen betreffend die Geschäfte der Allgemeinen Geschichtforschenden Gesellschaft (Protokolle, Vorträge, Schreiben an die Regierungen von Zürich und Aargau, Diplome und Siegel).*

Die Ansichten über die Lage der Dinge, die Sie Ihrem Schreiben vom 30. v. M. beifügen, kann ich nur teilen. Auch ich halte es im ganzen für besser, daß das Ruder bei uns nunmehr in *den* Händen ist, die sich dazu gedrängt haben und die verpflichtet sind, die Aufgabe zu lösen, ohne Gewalt und Unrecht den Zweck zu erreichen, um dessen willen sie uns stürzen zu müssen vorgaben. Ich zweifle zwar gänzlich an ihrer Kraft dazu, ja sogar am Willen; denn nichts wäre ihnen nunmehr lieber, als Ruhe. Aber die Ereignisse werden stärker als sie sein. Möge es uns nur, wenn der Augenblick dazu kommt, gelingen, die Selbstverleugnung zu üben, die das Wohl des Ganzen erfordert, und in kritischer Lage selbst illoyale Gegner zu unterstützen, wenn dies aus höheren Rücksichten notwendig wird. Ich glaube, eine solche Zeit steht uns bevor, und fühle oft, wenn ich auch nicht selbst dabei be-

teiltig bin, dennoch sehr, wie schwer eine solche Pflicht sein muß; aber die Kraft zu ihrer Erfüllung ist gewiß die erste Forderung, die man von einem Manne in öffentlicher Stellung verlangen darf.

Die Waadtländer Sache betreffend den discours Bluntschli kommt nun also doch wirklich vor unsern Großen Rat<sup>58)</sup>. Das Resultat wird sein, wie Sie es bezeichnen; Herr Bluntschli wird einen Wischer von unserm Großen Rate für seine allerdings zu schroffe Rede bekommen; die Diskussion aber wird den Waadtländern mehr schaden, als alle Satisfaktion nicht wieder gut machen kann. Unsere Regenten sind sehr [sehr] in Verlegenheit mit diesen ungestümen Freunden; das zweite Schreiben von Waadt ist grob à la Druey<sup>59)</sup> und Patrioten; dasjenige von Zürich, das dorthin abging, war aber auch zu matt. Wenn man einen Versuch machen wollte, zu beschwichtigen, so hätte wenigstens unser Regierungsrat sein Urteil über die Rede gegen Waadt äußern sollen und, wie ich glaube, unter allen Umständen auch gedurft (zumal sie des Großen Rates ohnehin sicher sind); bei diesen bloß formellen Entschuldigungen aber konnte nichts herauskommen. Furrer und Rüttimann<sup>60)</sup> wollen auch, jenes erstere solle geschehen; ängstlichere Seelen behaupteten dieses. Nun es so gekommen ist, sind die einen über die andern unzufrieden.

In Bern, von woher diesen Augenblick die Nachricht von den Abstimmungen des Donnerstags ankommt<sup>61)</sup>, gehen die Sachen etwas langsamer, als zu befürchten war. Herr Neuhaus<sup>62)</sup> hat sich doch einmal wenigstens wacker gezeigt; Tavel<sup>63)</sup> ist offenbar der verächtlichste Patron unter

<sup>58)</sup> Vgl. Anm. 57.

<sup>59)</sup> Henri Druey (1799—1855), Staatsrat von Waadt, Führer der revolutionären Radikalen, 1848 Bundesrat.

<sup>60)</sup> Dr. Jonas Furrer, Bürgermeister, und Dr. J. J. Rüttimann, Regierungsrat, die beiden liberalen Zürcher Politiker.

<sup>61)</sup> In Bern forderten die Radikalen Revision der Kantonsverfassung durch einen Verfassungsrat; der Große Rat beschloß aber am 15. Januar 1846, die Revision selbst vorzunehmen. Das Volk verwarf aber diesen Beschluß am 1. Februar.

<sup>62)</sup> Charles Neuhaus (1796—1849), das Haupt der damaligen Berner Regierung, der dann von den Radikalen gestürzt wurde (Februar 1846).

<sup>63)</sup> Karl v. Tavel (1801—1865), Regierungsrat und Schultheiß von Bern, erst liberal, dann (um 1845) zu den Radikalen schwenkend.

der Sonne. Ich wüßte nur einen hier, der ebenso charakterlos zum Vorschein käme, in solcher Stellung.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat seit einiger Zeit in mehreren leitenden Artikeln, aber mehr beiläufig und versteckt, die schon öfter gebrauchte Taktik wieder hervorgeholt, die *protestantischen Konservativen* als hauptsächlichste Schuld alles Zwistes und Unglückes anzuklagen. Es ist dies so gut eine Lüge, als diejenige von Dr. Escher<sup>64)</sup>, daß die Jesuiten den Freischarenzug verschuldet haben; wenn man sie aber wiederholt, so glauben's die Leute am Ende, und selbst Redlichere werden dann nach und nach in den Irrtum geführt. Man will uns offenbar zum Sündenbock machen, um in den größern Wirren, die man vorhersieht und fürchtet, sich der Schuld auf andere entladen zu können; es braucht dann noch das einzige Wort: „Partei des Auslandes“, so sind wir vernichtet und der Wetterableiter für die sogenannten Legalen<sup>65)</sup>. — Wenn Sie ihr [der „Neuen Zürcher Zeitung“] gelegentlich darüber eine kleine Zurechtweisung geben würden, so täte es ihr gewiß gut; denn noch immer hat die Stimme der „Basler Zeitung“ ihr mehr Abbruch getan und bei einem ausgedehntern Leserkreis gewirkt, als die „Eidgenössische Zeitung“, an der nun einmal viele Leute keinen Geschmack finden, mag sie auch noch so wahr reden. So haben namentlich die Artikel über unseren Großen Rat<sup>66)</sup> hier sehr wohl getan und es war leider nur zu verdient, was Sie über den Geist desselben bemerkten. Derselbe leichtfertige und wüste Geist spukt jetzt wieder in allen Behörden.

Verzeihen Sie indessen, wenn ich unbefugter Weise spreche. Für die Aufnahme meiner Zeilen bin ich Ihnen aufrichtig dankbar; es war mir ordentlich Bedürfnis, mich

<sup>64)</sup> Dr. Alfred Escher (1819—1882), der liberale Zürcher Politiker, Großrat, 1845 Tagsatzungsgesandter, vgl. E. Gagliardi; Alfred Escher (1919), S. 73 ff.

<sup>65)</sup> „Legale“ wurden die Zürcher Liberalen genannt, welche angaben, von Gewaltmitteln absehen zu wollen, im Gegensatz zu den revolutionären Radikalen.

<sup>66)</sup> Vgl. „Basler Zeitung“ vom 19. Dezember 1845 (Nr. 300), 27. Dezember (Nr. 306), 29. Dezember (Nr. 307), 2. und 3. Januar 1846 (Nr. 1, 2, betreffend das Schreiben der Waadtländer Regierung wegen des „Discours Bluntschli“).

auszusprechen, und ging hier in Zürich nicht wohl an. Mit Ihrer Erlaubnis werde ich etwa wieder Sie mit ähnlichen Ansuchen belästigen.

P. S. Soeben habe ich noch Ihr Blatt vom 15. gesehen, das meinen geäußerten Wünschen ja ganz vollkommen entspricht; ich füge also noch meinen Dank für dasselbe in unser aller Namen hinzu.

24. *Heusler an Wyß.*

Basel, 23. Januar 1846.

*Dank für den Brief vom 17. ds.; Besprechung von Geschäften der Geschichtforschenden Gesellschaft.*

Ihre Bemerkungen über die politische Lage Ihres Kantons sind mir immer sehr interessant und dienen mir hie und da in meinen Urteilen, wenn ich nur auch öfter Mitteilungen erhalte. Es ist, glaube ich, kein Blatt so arm an Korrespondenzen, als die „Basler Zeitung“, und ich muß mir meine Urteile über andere Kantone aus den Kontroversen der öffentlichen Blätter sehr notdürftig zusammenstoppeln, wobei natürlich der isolierte Basler Standpunkt manchmal sehr auffallend hervortreten muß. Wenn dabei mein Blatt dennoch da oder dort Anklang findet, so ist mir das eine Ermutigung. — Ich weiß wohl, daß ich oft auch bei politischen Freunden anstoße und daß mich die Konservativen pur sang für eine Art Zwitter oder wenigstens für sehr unzuverlässig ansehen, weil ich manchmal mir erlaube, auch ihnen kopfschüttelnde Zeichen zu geben. So hat die „Eidgenössische Zeitung“ meine Bemerkungen über den discours Bluntschli<sup>67)</sup> etwas übel verdetet, und vielleicht wird sie auch meinen gestrigen Artikel nicht ganz genehm halten; aber sie sollte doch auch nicht vergessen, daß durch unbedingtes Beipflichten ihr auch nicht in allem gedient sein könnte. Ich habe auch auf das hiesige Publikum Rücksicht zu nehmen, das mich oft schroff genug findet, und auf welches doch vor allem gewirkt werden muß. Die schwei-

<sup>67)</sup> Vgl. Anm 57, „Basler Zeitung“ vom 2. und 3. Januar 1846 (Nr. 1 und 2).

zerischen Konservativen sollten doch erkennen, daß wenn es gelingt, die bisher von Basel befolgte Politik zu erhalten und zu behaupten, dieses Resultat wichtig genug wäre, um dann hier und da auch einige freimütige Äußerungen nicht zu hoch aufzunehmen.

Zu den Krisen von Bern und Waadt kommt nun noch der Kommunismus in Zürich<sup>68)</sup>. Es kommt derselbe schneller zu öffentlicher Besprechung, als ich erwartet hatte, aber ich halte die Erscheinung selbst für sehr wichtig und zweifle sehr daran, ob es Ihren Regenten gelingen werde, demselben Einhalt zu tun. Mit Interesse erinnere ich mich dabei des schönen Abends, den wir letzten Herbst bei Professor Hottinger<sup>69)</sup> zubrachten, und der merkwürdigen Äußerungen des ehrwürdigen Historikers. Wir können es immer weniger erkennen, daß der Grund der Krankheit nicht in Herrn Weitling oder Treichler<sup>70)</sup>, sondern in der Gesellschaft selbst liege; aber wer wird das rechte Heilmittel finden, wer wird es zu rechter Zeit vorschlagen? Ich habe eine kleine Hindeutung in Hottingers Sinne gegeben; das schien mir für einmal genug; es wird noch Gelegenheit geben, auf dieses Thema zurückzukommen.

Soll aber die protestantische Schweiz, deren drei Hauptkantone an so schweren inneren Krisen leiden, noch daran denken können, der katholischen Schweiz die Grenze zwischen Katholizismus und Ultramontanismus vorzuschreiben? Ich begreife das nicht und sehe auch nicht vor, daß die drei betreffenden Kantone<sup>71)</sup> sich so bald von ihrer Krankheit erholen, und mit verjüngter Kraft wieder dastehen werden.

*Empfehlungen an die Familie, an Fr. v. Wyß, in dessen Hause er schöne Tage zugebracht habe, sowie an die Mutter, an H. Mousson, Prof. Hottinger und Bluntschli.*

<sup>68)</sup> Vgl. hienach Nr. 25.

<sup>69)</sup> Prof. Joh. Jak. Hottinger (1783—1860), vgl. Anm. 7.

<sup>70)</sup> Wilhelm Weitling (1808—1871), aus Magdeburg, theoretischer Sozialist, 1843 in Zürich, dann aus der Schweiz ausgewiesen; Joh. Jak. Treichler (1822—1906), Lehrer, 1847 Rechtsanwalt in Baselland, Führer der Zürcher Sozialisten, 1850—1905 zürcherischer Großrat resp. Kantonsrat, 1856 Regierungsrat, 1872 Professor der Rechte.

<sup>71)</sup> Gemeint sind Zürich, Bern und Waadt.

25. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 25. Februar 1846.

(Abgedruckt in der „Basler Zeitung“ vom 27. und 28. Februar 1846, Nr. 49 und 50.)

Zürich. I. Es ist gewiß für denjenigen Teil des schweizerischen Publikums, der die zürcherischen Blätter liest, ohne mit den Verhältnissen und Personen näher bekannt zu sein, eine auffallende Erscheinung, daß seit verhältnismäßig kurzer Zeit der *Kommunismus* und alles, was mit diesem Namen zusammenhängt, eine so große Rolle auf der vordersten Szene bei uns spielt. Wohin es damit noch kommen mag, ist unmöglich zu sagen; denn wenn auch vorderhand noch niemand an ein förmliches Teilen denkt, so sind doch Wünsche aller Art nun einmal ins Volk geworfen und bilden einen Samen, der in materiellen Fragen, die aufs tiefste in die öffentliche Wohlfahrt eingreifen, leider sehr schlimme Früchte tragen kann. Unter begünstigenden Umständen würde auch für uns eine Aufregung, wie die im Kanton Bern<sup>72)</sup> herrschende, nicht zu den unmöglichen Dingen gehören und ebensowenig wie die dortige *raison d'état* würde unser gemäßigter Fortschritt einem solchen Sturm widerstehen. Im unbewußten Gefühle davon hat er vielmehr längst schon die Segel vor jenem noch entfernten Wetter gestrichen, und durch die „Neue Zürcher Zeitung“ den Ruin des gestürzten Bernerregiments beloben und beklatschen lassen, ohne nur zu ahnen, daß die gerechte Vergeltung, die den Recht mißachtenden Berner Schultheißen getroffen, gewiß einst seine Nachfolger und leicht auch die zweideutigen Alliierten in Zürich ereilen werde.

Doch wie dem auch immer werden mag, so viel ist gewiß und darauf möchten wir das größte Gewicht legen, daß unsere jüngste Vergangenheit geeignet ist, uns eine sehr deutliche Lehre zu geben und unwidersprechlich zu zeigen, wie schnell Sünden des Parteigeistes sich verderblich rächen. Denn wodurch ist der Kommunismus oder der ganze Troß von un-

<sup>72)</sup> Im Kanton Bern hatte im Januar 1846 die von Ulrich Ochsenbein und Jakob Stämpfli geführte radikale Revolution die Herrschaft des Schultheißen Charles Neuhaus beseitigt und mit Hilfe des großen Volksvereins eine Verfassungsrevision angebahnt.

ruhigen Köpfen und stürmischen Begehren so rasch auf unsere Bühne gekommen, wodurch hat er so schnell Bedeutung erlangt, wenn nicht durch die Unterstützung, die gewissenlose Parteitaktik und Rachsucht ihm gewährt haben. Als die zürcherische Regierung vor zwei Jahren mit rascher Entschiedenheit dem Treiben Weitlings<sup>73)</sup> ein Ende machte und das Unwesen der geheimen fremden Klubs beseitigte, da hoffte mancher Redliche, es werden ihre Maßregeln nicht als Parteisache behandelt, von der radikalen Opposition nicht angegriffen werden, da im Grunde sie ebenso sehr als die Anhänger der Regierung diesen Tendenzen abhold sein müßte. Vergebliche Hoffnung; der Parteigeist überwog in der Presse, und im Großen Rate wurde alles getan, um die Regierung zu verunglimpfen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ war niedrig genug, am gleichen Tage, an dem ihr Verleger sich des beträchtlichen Gewinns freute, den ihm der Verkauf des erschienenen Kommissionalberichts brachte, die Regierung wegen des Berichtes zu verdächtigen. Im Großen Rat aber wurde von den Koryphäen, Herrn Dr. Furrer<sup>74)</sup> an der Spitze, versucht, den Angriff etwas maskiert in der Weise zu machen, daß man ihn gegen die von der Staatsanwaltschaft vorgenommene Hausdurchsuchung richtete, von der Hauptsache schwieg und die Staatsanwaltschaft zum Danke für ihr Benehmen mit einem Mehr von bloß sechs Stimmen in ihrem Amte bestätigte. Ebenso dauerten die Verdächtigungen in allen Blättern der Partei unausgesetzt fort, selbst noch als Weitling verbannt und ziemlich verschollen war. Nun kamen aber auch andere an die Reihe. Der Schullehrer Treichler<sup>75)</sup>, jetzt der vorgeschobene Chef der Kommunisten, war

---

<sup>73)</sup> Die konservative Zürcher Regierung (Bluntschli u. a.) hatte kurz vor ihrem Sturze (Dez. 1844) den aus Magdeburg stammenden kommunistischen Schriftsteller Wilhelm Weitling ausgewiesen und einen von Bluntschli verfaßten Bericht über die kommunistischen Umtriebe in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren veröffentlicht (1843).

<sup>74)</sup> Dr. Jonas Furrer, der liberale Regierungsrat, Bürgermeister (1845) und nachmals erste Bundespräsident.

<sup>75)</sup> Joh. Jak. Treichler, Schullehrer, damals noch Führer der Sozialisten und Begründer einer Arbeiterpartei in Zürich, später durch Alfred Escher für die bürgerlich-demokratische Sache gewonnen; später Regierungsrat und Professor der Rechte.

damals noch ein unbekanntes Mitglied der Partei. Sein Talent wurde erkannt, seine Feder benutzt, gegen den Erziehungsrat in Gang gesetzt und Ehrgeiz und Aussicht auf Geldgewinn stachelten ihn an, sich auf dieser Bahn auszuzeichnen. Er selbst hat seitdem öffentlich erzählt, und niemand hat es widersprochen, wie man ihn hätschelte, wie die ersten Personen der Partei, jetzt seine grimmigsten Widersacher, seine hohen Gönner und Patrone waren. Und nun ist es bereits soweit gekommen, daß dieser junge Mann, der an Ehrgeiz und Keckheit seine früheren Bundesgenossen übertrifft, ihnen aber an äußern Hilfsmitteln zurzeit noch nachsteht und daher zu umso größerer Tätigkeit angespornt ist, ihnen bereits die bittersten Verlegenheiten bereitet und sehr unerbauliche *domestica* dem Publikum auf ihre Kosten zum Besten gibt. Wie schnell ist die verdiente Strafe ihnen geworden!

Aber auch ein Teil der konservativen Partei hat schon, obwohl in geringerm Grade, eine ähnliche Erfahrung machen können. Ihre Blätter haben es nicht über sich vermocht, ihre zwar verzeihliche, aber gewissenhafterweise dennoch zu unterdrückende Freude über die Verlegenheit der Gegner zu verbergen. Umso rascher ist dadurch der Verdacht gewachsen, als wollten sie diese Verlegenheit mehren, umso schwieriger die Aufgabe, von solchem, wenn auch noch so unbegründeten Anschein sich zu bewahren. Das haben ihrerseits die Gegner nur zu wohl benutzt, und wenn manche unter ihnen einen solchen Verdacht gegen die Konservativen von Hause aus mitbrachten, da man immer andern zutraut, was man von sich selbst hält, so haben dagegen andere diesen Verdacht aus dem bloßen äußern Anschein oder sonst aus ehrlichem Mißtrauen geschöpft, und so ist es jenen erstern gelungen, das unsinnige Gerücht allgemein zu verbreiten, es stecken hinter Treichler die Konservativen.

Über dieses alles muß eigentlich dieser letztere selbst das größte Vergnügen empfinden. Denn das Resultat des bisher Geschehenen ist, daß die Stellung seiner beiden Gegner <sup>76)</sup> nur schwieriger, die Kluft zwischen beiden nur größer

---

<sup>76)</sup> Gemeint sind die Liberalen und die Konservativen.

und der Einfluß persönlicher Empfindungen der unangenehmsten Art, der jedesmal dem Ganzen zum Schaden gereicht, nur größer und allgemeiner geworden ist.

II. Was wird nun aber der Große Rat tun, dem die Sache in der einen oder andern Gestalt vorgelegt werden soll? Es ist möglich, und das ist leider das Wahrscheinlichere, daß gerade die eben berührte Äußerung persönlicher Empfindungen einen großen Raum in seinen Verhandlungen einnehmen und das Resultat derselben zum voraus in seiner Bedeutung schwächen wird. Es ist aber auch möglich, daß denn doch die Wichtigkeit der Sache überwiegt, und der Große Rat mit mehr Unbefangenheit an die Lösung der schwierigen Aufgabe geht, die ihm noch in seinen letzten Stunden bevorsteht. Schwierig genug ist sie. Denn es handelt sich dabei nicht darum, eine bestimmte äußere Erscheinung, eine äußere Gewalt, der mit Gewalt entgegengetreten werden kann, zu bekämpfen, die Macht des Staates gegen einen offenen und bekannten Feind zu richten. Vielmehr soll eine Tendenz, eine Überzeugung, die Macht eines Gedankens unterworfen werden, der, mag es zurzeit auch noch so unbestimmt und verworren sein und auch noch so viele unausgeschiedene, sich selbst widerstrebende Elemente enthalten, nichtsdestominder gefährlich ist, weil er an alle Leidenschaften der Masse appelliert. Die Gefahr liegt daher sehr nahe, daß entweder das Mittel, das man wählen wird, unwirksam bleibe oder daß es weit über das Ziel hinausgreife und die Garantien für persönliche Freiheit und Freiheit der Überzeugungen, die allen gleich kostbar sein müssen, bedrohe oder teilweise oder ganz vernichte.

Und gerade dieser letztere Fall ist nicht ohne Wahrscheinlichkeit. Denn nicht nur würden Maßregeln so weitgreifender Art im allgemeinen der vorherrschenden Stimmung unter dem Publikum beider Parteien entsprechen, sondern ganz vorzüglich auch der dominierenden Seite wohlgefallen. Es ist ja sattsam bekannt, wie schnell der Radikalismus zu jeder Verleugnung seiner Grundsätze bereit ist, wo es *seine* Herrschaft gilt, wie rasch er sich in jenen liebenswürdigen Despotismus umzuwandeln weiß, welcher der „Neuen Zürcher Zeitung“ am *gefallenen* Neuhaus so *übel*, am

*stehenden* Druey<sup>77)</sup> so wohl gefällt! Wie sehr käme also solchen Gelüsten eine Macht zustatten, die ebensowohl gegen die konservativen Gegner als gegen die zuerst zu Überwältigenden gekehrt werden könnte. Und wie verführerisch ist die Versuchung, sich diese Macht unter Umständen geben zu lassen, wo die Konservativen durch Stellung und Verhältnisse, ja teilweise durch eigene Schuld, einem solchen Gelüsten nicht entgegentreten können, ohne den Anschein einer Illoyalität, den man so gerne über sie breiten würde, zu befördern.

Es ist darum der Gang, den der Große Rat in dieser Sache befolgen wird, nicht nur mit Beziehung auf den Gegenstand selbst, um den es sich zunächst handelt, sondern auch für die ganze Stellung unserer jetzigen Parteien ein höchst entscheidender. Ja nach der Richtung, welche jetzt eingeschlagen wird, muß entweder ein Fortschritt zu weiterer Spaltung der Parteien und damit auch zum künftigen Zerfall beider Teile oder aber ein Anfang zum Aufgeben bisheriger Parteisünden entstehen. Das erstere aber hat leider mehr Chancen als das zweite.

26. *Wyß an Heusler.*

Zürich, 30. März 1846.

*Vorerst geschäftliche Mitteilungen betreffend die „Historische Gesellschaft“ (d. h. die Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz).*

Unser Große Rat hat seine letzte Sitzung nunmehr gehalten<sup>78)</sup> und zwar in einer Weise, die den allseits gehegten Erwartungen oder Befürchtungen nicht entsprochen hat. Denn statt des heftigen Kampfes, der sich über die wichtigsten politischen Gegenstände, welche vorlagen, erwarten ließ, hat vielmehr eine gewisse Einstimmigkeit und Ruhe geherrscht, welche diese Sitzung vor allen andern auszeichnete. Man hätte oft an ein Verschwinden der Parteiung denken können,

<sup>77)</sup> Charles Neuhaus, der 1846 gestürzte Berner Schultheiß, und Henri Druey, der seit 1845 siegreiche radikale Waadtländer Staatsrat.

<sup>78)</sup> Großratssitzung 25. März 1846, Behandlung des „Discours Bluntschli“, vgl. Anm. 57.

so ruhig ging es zu. *Zwei* Umstände sind es, welche dies bewirkten. Einmal — mit Rücksicht auf die Kommunistensache — die durchaus ehrenhafte Weise, in der sich die Konservativen benahmen, indem sie nicht nur das Bestreben der Regierung gegenüber den auflösenden Tendenzen kräftig unterstützten, sondern *auch nicht einmal mit dem leisesten Worte* der Vergangenheit gedachten, in welcher noch unlängst die radikale Opposition sich der Bundesgenossenschaft Treichlers<sup>79)</sup> bedient hat. Die zweite Ursache des Friedens lag in der Verlegenheit, welche der zürcherische Radikalismus mit Bezug auf das Waadtland empfindet. Die Scheu vor Diskussionen über Angelegenheiten der Kirche hat ihn abgehalten, mit Druey<sup>80)</sup> und Genossen offen zu sympathisieren. Nur einige Entschuldigungen für dieselben wurden vorgebracht. Bestimmt und kräftig war dagegen das Urteil, das die Konservativen über jene Angelegenheit aussprachen, und selten hat sich die Überlegenheit ihrer guten Sache so klar und deutlich fühlbar gemacht, wie diesmal. Namentlich aber war die Rede Herrn Dr. Bluntschlis nicht nur ein Meisterstück glänzender Beredsamkeit, sondern auch ein Zeichen edler Gesinnung, das niemand bestreiten kann. Denn sich selbst und seine persönliche Sache erklärte der Redner ganz hintansetzen zu wollen, wenn nur der Große Rat von Zürich zur Beruhigung und gedeihlichen Entwicklung des befreundeten Mitkantons seinen Einfluß verwenden wolle.

Wir haben also alle Ursache, mit dem Ergebnis der Sitzung zufrieden zu sein. Weniger aber mag dies der Staatsrat von Waadt von sich sagen. Der Beweis ist geleistet, daß er in Zürich keinen unbedingten Beifall findet, daß niemand für ihn eintreten will und daß überhaupt Zürich, Gott sei Dank, noch nicht auf der Stufe von Waadt angelangt ist. Auch der künftige Mai, so ungewiß sein Resultat sein mag, wird uns doch schwerlich *so weit* bringen.

Indessen dies alles werden Sie bereits selbst aus den Verhandlungen ersehen haben. Ich schließe daher mit den mir aufgetragenen Empfehlungen meines lieben Schwagers Mousson und der erneuten Versicherung aufrichtigster Hochachtung und herzlicher Ergebenheit.

<sup>79)</sup> Vgl. Anm. 75.

<sup>80)</sup> Vgl. Anm. 59.

## 27. Heusler an Wyß.

Basel, 7. April 1846.

*Betrifft ausschließlich laufende Geschäfte der Geschichtsforschenden Gesellschaft.*

## 28. Heusler an Wyß.

Basel, 27. August 1846.

*Betrifft Geschäfte der Geschichtsforschenden Gesellschaft, u. a. Ansetzung der Sitzung der Vorsteherschaft auf 24. September in Zürich (im Zunfthaus zu Zimmerleuten).*

## 29. Heusler an Wyß.

Basel, 15. September 1846.

Verehrtester Freund!

*Er bespricht vorerst Angelegenheiten der Geschichtsforschenden Gesellschaft.*

Die Skandale bei der nun aufgelösten Tagsatzung<sup>81)</sup> bieten für die Zukunft keine gar erfreulichen Aussichten, doch ist es mir noch gar nicht ausgemacht, daß es so toll zugehen werde, wie viele annehmen. Auch Bern wird noch das Gewicht der Verhältnisse fühlen, und selbst seine neuen Regenten<sup>82)</sup> werden einsehen, daß es etwas anderes ist, inter pocula zu rasonnieren, als die Verantwortung amtlicher Schritte zu übernehmen, deren unmittelbare Folge der Ruin des Vaterlandes ist. Jedenfalls scheint mir die Gefahr noch nicht so eminent, und wenn man die Augen nicht verschließen soll, so soll man sie doch auch nicht übertreiben.

<sup>81)</sup> Das Haupttraktandum der am 6. Juli 1846 vom Zürcher Bürgermeister Dr. med. Ulrich Zehnder eröffneten Tagsatzung war die Behandlung des Antrags auf Auflösung, d. h. Rechtswidrigerklärung des Sonderbunds der sieben katholischen Kantone (Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis). Noch am 4. September erschien Ochsenbein als neugewählter Berner Gesandter. Aber es stimmten nur zehn und zwei halbe Stände für Auflösung, somit eine Minderheit. Auch ein Antrag auf bloße Vertagung der Tagsatzung erreichte keine Mehrheit, so daß die Tagsatzung am 12. September sich als aufgelöst betrachten konnte.

<sup>82)</sup> Die neu zur Macht gelangten radikalen Machthaber U. Ochsenbein, J. Stämpfli u. a.

Die „Eidgenössische Zeitung“ hat in meiner Abwesenheit uns Baslern wieder einmal einige Stiche versetzt. Ich muß es mir gefallen lassen, wenn ich Herrn Schultheiß<sup>83)</sup> zu „alt“ bin, denn offen gestanden, er scheint mir manchmal auch gar zu *jung*. Wozu aber solche Angriffe und Neckereien?

*Empfehlungen an H. Mousson und Fr. v. Wyß.*

### 30. Wyß an Heusler.

Zürich, 17. September 1846.

*Nach Rücksprache mit den Professoren Hottinger und Bluntschli gibt G. v. Wyß gewisse geschäftliche Auskünfte wegen einer auf Mitte Oktober geplanten Zusammenkunft der Geschichtsforschenden Gesellschaft; von der Redaktionskommission könnte A. R. Wyß<sup>84)</sup> von Bern kommen, v. Mohr<sup>85)</sup> aus Chur dagegen nicht. Die Versammlung werde daher verschoben. Er macht weitere geschäftliche Mitteilungen.*

Die Tagsatzung<sup>86)</sup> ist wirklich diesmal mehr als je bedauerlich gewesen. Auftritte von so heftiger und oft fast gemeiner Natur in der obersten Behörde des Landes in voller Öffentlichkeit sind für uns gegenüber dem Auslande so entehrend, daß man sich nur mit dem Gedanken trösten kann, es stehe auch bei vielen unserer Nachbarn nicht besser. Die Öffentlichkeit, die allein die Tagsatzung zu einem *solchen* Zankfelde der Parteien macht, und nebenbei die gewissen- und charakterlose Natur des Präsidenten<sup>87)</sup> (der *zum voraus ihm bekannte* (!) Skandale ruhig gewähren ließ) tragen die Schuld an jenen Auftritten. Noch ärgerlicher aber ist beinahe, daß auf alle diese großen Worte keine Taten zu folgen scheinen und man sich Duellforderungen hin und her zuwirft, ohne zu duellieren. Das ist doch gewiß nicht das Benehmen von Männern. Mir wenigstens kommt es vor, als wäre es besser

<sup>83)</sup> Kaspar Heinrich Schultheß, Redaktor der „Eidgen. Zeitung“ (Zürich).

<sup>84)</sup> Lehenkommissär Abraham Rudolf Wyß (1763—1854), Bern.

<sup>85)</sup> Theodor v. Mohr (1794—1854), Chur, Historiker und Politiker.

<sup>86)</sup> Vgl. Anm. 81.

<sup>87)</sup> Präsident war der liberale Zürcher Bürgermeister Dr. med. Ulrich Zehnder (1798—1877).

in *jeder* Beziehung, wenn die Zungen künftig durch die Schwerter und die Schwerter durch die Zungen in Schranken gehalten würden, und nicht mehr so eines dem andern voranlaufen könnte.

Abgesehen von diesen Privatfehden glaube ich übrigens auch, der wirkliche Ausbruch des eidgenössischen Zwistes sei nicht so *ganz* nahe bevorstehend, wie manche meinen. Denn Zürich setzt gewiß alles mögliche ein, um einen solchen Ausbruch zu verhüten oder wenigstens zu verzögern, und Thurgau und Graubünden, deren Gesandtschaften<sup>88)</sup> am meisten mit dem jetzigen Zürich verwandt sind, und vielleicht andere auch noch, haben gewiß diese Bestrebungen geteilt, so daß ohne Zweifel in diesem Sinne auf Bern wird eingewirkt worden sein und noch eingewirkt werden [wird]. Wir werden also, solange wenigstens der Vorort hier bleibt, kaum etwas zu gefahren haben. — Ob und was dann nachher von Bern<sup>89)</sup> geschehen mag, ist für jeden Uneingeweihten schwer zu bestimmen; mir scheint es am wahrscheinlichsten, daß Murten<sup>90)</sup> einen Angriffspunkt bilden werde. Und wenn auch viele innere Aufgaben für die Regierung von Bern allerdings höchst schwierig sein müssen, namentlich wenn wir z. B. eine Teuerung noch zu erfahren hätten, so glaube ich dennoch, sie werde, gerade um sich diesen Aufgaben zu entziehen, ihre Wirksamkeit nach außen zu lenken suchen, und die moralische Verantwortlichkeit, die sie gegenüber der *Partei* hat, daß es in schweizerischen Dingen vorwärts gehe, wird sie vorwärts treiben. Die Aussichten auf die Zukunft des nächsten Jahres sind daher allerdings düster. — An eine außerordentliche Tagsatzung noch in diesem Jahre werden aber die Radikalen wohl schwerlich denken.

Sie bemerken in Ihrem Brief, daß auch die „Eidgenössische Zeitung“ sich (während Ihrer Abwesenheit) einige

<sup>88)</sup> Gesandte vom Thurgau waren: Großratspräsident Dr. Joh. Konrad Kern und Bezirksgerichtspräsident Joh. Georg Kreis; Gesandte von Graubünden: Bundeslandammann Joh. Rud. Brosi und Bundespräsident Remigius v. Peterelli.

<sup>89)</sup> Auf die Jahre 1847 und 1848 wurde Bern wieder Vorort.

<sup>90)</sup> Der freisinnige Bezirk Murten bildete eine oppositionelle liberale Minderheit im konservativen Kanton Freiburg. Im Januar 1847 wurde in Murten ein Aufstand inszeniert, der aber von der Regierung unterdrückt werden konnte.

Angriffe auf Basel erlaubt habe. Ich kann mich derselben, was die letzte Zeit anbetrifft, wirklich nicht mehr erinnern und somit auch über die Gründe nichts Näheres angeben. Soviel aber glaube ich Ihnen aus meinem Umgang mit den Patronen der „Eidgenössischen Zeitung“<sup>91)</sup> gewiß versichern zu dürfen, daß dieselben damit bestimmt nicht Willens gewesen sind, gegen die „Basler Zeitung“ oder gegen Sie persönlich aufzutreten, sondern daß sie es dabei mehr nur auf die Zustände Basels oder das System der dortigen Regierung abgesehen hatten, von dem sie finden, es sei zu wenig frisch, zu wenig Reformen, auch notwendige, von sich aus anbahnend, sondern solche nur von äußern Ursachen veranlaßt und darum in der Form von Zugeständnissen gegen die Opposition annehmend. Über dieses Urteil erlaube ich mir bei meiner eigenen geringen Kenntnis der Verhältnisse kein eigenes zu fällen, zumal ich mich gerade darauf freue, bei Ihrer Anwesenheit in hier von Ihnen selbst zu vernehmen, was Wahres oder Unwahres daran sei. Dagegen aber können Sie versichert sein, daß die Haltung der „Basler Zeitung“ selbst, bei Herrn Bluntschli und seinem nächsten Stabe gegenwärtig vollkommen anerkannt wird. — Zu jener Ansicht aber mag bei den Genannten auch der Umstand beigetragen haben, daß sie bemerkt haben, wie während der Tagsatzung das entschiedene und eingreifende Benehmen von Genf, das mit seiner Vollmacht betreffend den Sonderbund die Stände desselben zu der Erklärung von Luzern eigentlich *gezwungen* hat (*außerhalb* der Sitzungen), diesen bestimmten und befriedigenden Erfolg hatte, und daß sie gewünscht hätten, daß auch Basel in ebenso entschiedener Weise aufgetreten wäre und mit dazu beigetragen hätte, Luzern so im Schach zu halten und zu jener Erklärung zu nötigen. Dies war freilich schon durch die Differenz der Instruktion nicht wohl in gleichem Grade möglich.

Was mich persönlich betrifft, so wissen Sie bereits, wie ich rücksichtlich der „Eidgenössischen Zeitung“ und ihres Verhältnisses zu Ihrem Blatte denke. Bei allem Talent, womit Herr Bluntschli die konservative Sache verfocht, wünsche ich doch der Zeitung zuweilen mehr Ruhe, mehr Friedliebe,

<sup>91)</sup> Vgl. Anm. 31.

wenn ich so sagen darf. Die Herren Sch...<sup>92)</sup> selbst, zumal der jüngere, der die Tagsatzungsverhandlungen verfaßte, sind auch oft zu unvorsichtig; auf der andern Seite aber kann ich nicht umhin, dem ältern die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, daß er doch nach und nach etwas ruhiger zu werden scheint, obschon die Jugendlichkeit allerdings oft noch durchblickt.

Sehr angenehm war es mir, während der Tagsatzung die Bekanntschaft Ihrer Herren Gesandten<sup>93)</sup> zu machen. Herr Bürgermeister Burckhardt, den ich früher einmal in Luzern gesehen, aber nicht von mir aus zu besuchen mir erlaubt hätte, erwies mir die Ehre, mich aufzusuchen. In den wenigen Stunden, in denen ich ihn gesehen habe, habe ich eine aufrichtige Hochachtung, ich möchte sagen Zuneigung, für ihn gewonnen; der wohlwollende und friedliebende Charakter, der sich in allen seinen Urteilen aussprach, und die freundliche Weise seines Empfanges haben auf mich einen Eindruck gemacht, der mir stets gegenwärtig bleiben wird. Ich bitte Sie, ihm meine angelegentlichen Empfehlungen zu machen. Auch Herrn Lichtenhahn freute ich mich kennen zu lernen, zumal wir gewissermaßen Kollegen sind, also auch da mannigfache Berührungspunkte hatten.

Was unsere eigene Lage anbetrifft, so ist sie vorerst noch immer dieselbe. Das unzuverlässige, oft falsche und schwache Genus, das bei uns „die Liberalen“ heißt, und das im Grunde nur von der Vergangenheit (von 1830 für Kopf und gute Herzen, von 1839 für alle bösen Leidenschaften, der Rache und des Hasses<sup>94)</sup>) zehrt, dominiert noch unent-

<sup>92)</sup> Unter den Herren Sch... sind gemeint die Brüder Kaspar Heinrich Schultheß (1815—1885), Redaktor der „Eidgenössischen Zeitung“, Historiker, Freund Bluntschlis und der Gebrüder Fr. und Th. Rohmer (vgl. Allg. Deutsche Biographie 1932, S. 694), und Adolf Otto Schultheß (1823—1864); vgl. dessen Briefe in C. Hiltys Polit. Jahrbuch der schweizer. Eidgenossenschaft 1914.

<sup>93)</sup> Tagsatzungsgesandte von Basel-Stadt waren 1846 die Konservativen Bürgermeister Carl Burckhardt-Paravicini (1795—1850) und Staatsschreiber Dr. Karl Lichtenhahn; über Burckhardt verfaßte A. Heusler in seinen letzten Lebensjahren (1866) eine unvollendete Biographie, vgl. auch Ed His: Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts (1930), S. 83 ff.

<sup>94)</sup> Mit der Regeneration von 1830 kamen die Liberalen zur Macht, mit dem Zürichputsch von 1839 verloren sie diese wieder vorübergehend (bis 1844).

zweit die Geschichte des Kantons. Aber schon deuten allerlei Zeichen auf die Hinfälligkeit des Sieges von Unterstraß<sup>95)</sup>. Denn der Punkt, wo die eidgenössische Politik unserer Herrscher zum Herkules am Scheidewege (legal oder nicht) werden muß; die sich mehrenden Gelüste aller Art in finanziellen und ökonomischen Dingen, die Bedrängnis, in die der Staatshaushalt nach und nach bei den Ereignissen dieses Herbstes und den schlechten Ernten kommen muß, das Vordrängen der extrem radikalen Fraktion bei Wahlen usw. — das alles zeigt mehr als genug, daß in nicht allzu ferner Zukunft neue Veränderungen uns bevorstehen, bei denen sich manche Stellung als unhaltbar zeigen und viele Prinzipien und Personen da oder dort über Bord geworfen werden dürften. — Wer also darin einen Trost finden kann, daß die Gewaltigen von Unterstraß keinen Thron von Rosen gefunden und auch der gerechten Strafe nicht entgehen, der kann vielleicht bald, vielleicht später, gewiß aber in nicht zu ferner Zeit sich befriedigt sehen. Das ist aber ein trauriger Trost; denn die Sachen stehen darum im allgemeinen nur umso schlimmer. — Aber wehe tut es zu denken, daß wenn die Leute, welche jetzt in Zürich das Heft in den Händen haben, anno 1845 *ehrlich und redlich* den Frieden gewollt und dem Versucher abgesagt hätten, der sie die Jesuitengeschichte benutzen hieß, — daß dann es möglich gewesen wäre, dem Kanton Zürich *Friede und Kraft* wirklich zu erhalten und die Schweiz vor der Schmach des Freischarenunfuges zu bewahren. — Doch dazu hätten allerdings andere Charaktere gehört, als unsere Demokratie sie in Massen groß zieht.

Ich sehe . . . , daß ich Sie statt mit einer ordentlichen Anzeige, wie Sie es erwartet, mit einer ganzen Epistel von Expektorationen heimgesucht habe, die mir unwillkürlich nach und nach entflossen sind. Mögen Sie mich entschuldigen, wenn ich mich diesem Zuge überließ. Ich schreibe nicht häufig Briefe für mich; wenn ich daher einmal dazu komme, so begegnet es mir dann leicht, zu ausführlich zu werden.

---

<sup>95)</sup> Unterstraß war das Viertel der radikaleren zürcherischen Handwerker und Arbeiter. Im Januar 1845 hatte daselbst eine Volksversammlung einen Protest gegen die Jesuiten gefaßt. Auch Dr. Alfred Escher hatte sich an jener Versammlung beteiligt (E. Gagliardi: A. Escher, S. 69 f.).

*Er schickt Grüße von seinem Schwager (H. Mousson) und seinem Bruder (Friedrich v. Wyß) und läßt Dr. Ludwig August Burckhardt grüßen.*

31. Heusler an Wyß.

Basel, 14. Oktober 1846.

Verehrtester Freund!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 17. September, dessen Beantwortung ich bisher verschoben habe, weil ich immer daran dachte, nach Zürich zu kommen und Ihnen erst schreiben wollte, wenn ich Ihnen den Tag meiner Abreise bestimmen könnte. Unter gegenwärtigen Verhältnissen aber muß ich hier bleiben. Nicht daß ich hier notwendig wäre, ich bin vielmehr so ziemlich das fünfte Rad am Wagen, eine höchst überflüssige Person. Die Nachrichten aus Genf<sup>96)</sup> haben bei uns *gewirkt*, als ob die Ereignisse hier vorgefallen wären; wir sind an der Rhone totgeschlagen worden, ohne daß wir nur davon träumten, und es bleibt nichts mehr zu tun — als den Todesschein auszustellen. Dieses wird geschehen und zwar in allerfriedlichster und charmantester Weise; denn soweit ist man bei uns noch nicht, daß man sogar Tote niederschießt. Bei dieser Ausstellung des Todesscheines bin ich natürlich gar nicht nötig, und es wird ohne mich geschehen. Aber ich

<sup>96)</sup> Da die Tagsatzung im September 1846 den Sonderbund nicht aufgelöst hatte, entfachte der Führer der Genfer Radikalen James Fazy einen Aufstand; am 4. und 5. Oktober wehrten sich die Handwerker- und Arbeitermassen Genfs gegen eine Auflösung ihrer Versammlungen und eine Verhaftung Fazys; es kam zu Barrikadenkämpfen und am 9. Oktober zur Abdankung der bisherigen liberalen Regierung. Nun herrschte Fazy mit seinem Anhang als provisorische Regierung absolut bis zum Mai 1847; dann erst gelangte die neue radikale Verfassung zur Annahme. Die Genfer Revolution hatte besonders für Basel-Stadt weitgehende Folgen, da die Revolutionäre in der Schweiz nach dem Genfer Sieg sofort erklärten, als nächstes Kampfobjekt müsse nun Basel an die Reihe kommen. Die führenden Kreise Basels — mit Ausnahme einiger Konservativer — aber gedrängt vom vermittelnd-konservativen Juste milieu, von Liberalen und Radikalen, setzten nun freiwillig eine Verfassungsrevision ins Werk; am 12. November 1846 wurde ein Verfassungsrat gewählt, am 8. April 1847 die etwas veränderte Verfassung vom Volke angenommen. Im Anschluß hieran wurden dann Bürgermeister Carl Burckhardt, Ratsherr A. Heusler und einige andere aus der Regierung entfernt (April/Mai 1847).